

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Scheibner, Mag. Stadler  
Kolleginnen und Kollegen

betreffend die Dringlichkeit eines EU-weit akkordierten Bevorratungs- und Distributionsmanagements der Gasreserven für Krisenfälle nach Vorbild Österreichs

eingbracht im Zuge der Debatte zum TOP 2 Bericht des Bundeskanzlers und des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten gem. § 19 Abs. 2 GOG zur österreichischen EU-Politik in der Sitzung des Nationalrates am 21. Jänner 2009

Der jüngste Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine hat die Defizite der Europäischen Union in Energiefragen schmerzlich offen gelegt.

Die aufgrund langjähriger Lieferverträge von Gas aus Russland abhängigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden durch diese Krise schwer getroffen und kam es insbesondere in den südosteuropäischen Mitgliedstaaten zu Versorgungsengpässen. Im Gegensatz zu Österreich, wo der Lieferstopp durch eine vorbildliche Lagerhaltung und damit ausreichenden Gasreserven kompensiert werden konnte, waren insbesondere Rumänien, Bulgarien aber auch die Slowakei aufgrund fehlender Reservebildung in Schwierigkeiten. Die Leidtragenden waren einmal mehr die Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Länder, die angesichts der tiefen Temperaturen der letzten Wochen auf eine harte physische und psychische Probe gestellt wurden.

Die Durchschlagskraft europäischer Politik in dieser Frage beschränkte sich – nicht zuletzt aufgrund der fehlenden Versorgungssicherheit in einzelnen Mitgliedstaaten – auf Drohgebärden, die aufgrund der Machtverteilung in dieser Frage letztlich aber nur endenwollend wirksam sein konnten.

In diesem Kontext sind auch Aussagen des EU-Kommissionspräsidenten Barroso zu sehen, der den anhaltenden Lieferstopp als "höchst inakzeptabel und nicht zu fassen bezeichnete" und in der Folge gar in Aussicht stellte, den europäischen Gaskonzernen empfehlen zu wollen, diesbezüglich vor Gericht zu ziehen, wenn die Blockade nicht sofort aufgehoben werde."

Klar ist, dass es nicht vordergründige Aufgabe der Europäischen Union in dieser Frage sein kann, Klagen von Dritten in den Raum zu stellen, sondern müsste ein glaubwürdiges Krisenmanagement und Agieren auf diplomatischer Ebene im Vordergrund der Bemühungen stehen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass derartigen Klagen von Experten geringe Erfolgschancen gegeben werden und angenommen werden darf, dass viele Unternehmen vor Klagen zurückschrecken werden.

Eine EU-weit akkordierte und koordinierte Vorgangsweise in Energiefragen wäre dringend erforderlich, um so künftig die Verhandlungsposition gegenüber Dritten zu stärken und Unabhängigkeit zu signalisieren.

Wenn der derzeitige Ratsvorsitzende, der tschechische Ministerpräsident Topolanek, zu diesem Thema öffentlich kundtut, dass die Krise noch lange nicht beendet sei und vor allem auf dem Balkan, sprich Bulgarien, die Lage sehr schlecht aussehe, wird damit gegenüber Russland und der Ukraine die Schwäche und Abhängigkeit der EU und damit die entsprechend schlechte Verhandlungsposition geradezu am Silbertablett präsentiert.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten wird aufgefordert, sich auf europäischer Ebene für eine EU-weit akkordierte Erdgasbevorratung nach Vorbild Österreichs im Sinne der Einführung von Mindeststandards, sowie die Entwicklung eines effizienten Krisenmanagements zur Stärkung der Unabhängigkeit in Krisenzeiten einzusetzen.“

Wien, 21.01.2009

